

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



---

April 2006

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem Rundbrief findet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Stromausschreibung mit Ökostrom-Anteil
2. Terminankündigung Kreistagetreffen
3. Gesplittete Abwassergebühren in Stuttgart
4. Grünes Schulinfo März 2006 von Renate Rastätter
5. Macht Dresden Schule – Verkauf städtischer Wohnungen im großen Stil?
6. Kindergärten mit überörtlichem Einzugsgebiet
7. Kongress zur Zukunft der Stadtwerke
8. S-Bahn-Projekt der Region Stuttgart
9. Finanzierung der Kommunalwahl

Mit freundlichen Grüßen

## 1. Stromausschreibung mit Ökostrom-Anteil

Aus dem Kreisverband Esslingen stammt diese interessante Information:

„EnBW und LichtBlick kündigten Kommunen Stromlieferverträge!

Der Gemeindetag Baden-Württemberg führt seit dem Jahr 2002 jährlich Bündelstrom-Ausschreibungen für baden-württembergische Kommunen durch. Die Stromlieferung erfolgt jeweils für zwei Jahre.

Die EnBW und LichtBlick haben nun regulär die Belieferung des Zeitraums 2005/2006 zum 31.12.2006 gekündigt. Dies betrifft viele Kommunen im ehemaligen Versorgungsgebiet der Energieversorgung Schwaben und der Badenwerke sowie ihrer jeweiligen Ex-Töchter. Diese Kommunen müssen dadurch ihren Strombezug neu ausschreiben.

Lichtblick als Ökostromanbieter konnte sich bei der Ausschreibung für 2005/2006 in Teilbereichen gegen die EnBW durchsetzen und damit einen absoluten Überraschungscoup landen. Dies ließ sich bei der Ausschreibung für 2006/2007 leider nicht wiederholen, da die EnBW für 2006/2007 mit Kampfpreisen agierte, um wohl keinen Flächenfraß bei den Kommunen zu riskieren. Machen Kommunen erst einmal positive Erfahrungen mit anderen Stromanbietern, könnten die erfolgreichen Abschlüsse der demnächst wieder beginnenden Neuabschlüsse der Konzessionsverträge für die EnBW z.T. in Gefahr sein – und hier wird von der EnBW als damit dann örtlicher Anbieter „richtig“ Geld verdient.

Unser Interesse als Bündnis 90/Die Grünen ist hingegen die Stärkung der Erneuerbaren Energiewirtschaft und damit auch die Hinwendung der Kommunen zum Bezug von Ökostrom – so zu sagen als Vorbildgeber für Privatleute.

Zum einen besteht für die Kommunen die Möglichkeit über die Teilnahme am Ökostromlos der Bündelstrom-Ausschreibung des Gemeindetags Ökostrom zu beziehen. Da der Gemeindetag für dieses Los aber sehr geringe Ökostrom-Standards fest schreibt, die mit unseren Vorstellungen zur einer Beförderung der erneuerbaren Energiewirtschaft nichts gemein haben, ist diese Variante des Ökostrombezugs außer einem „ersten Schritt“ und den daraus resultierenden höheren Kosten zumindest diskussionswürdig.

Eine interessante Variante ist, wenn Kommunen die Ökostrom-Ausschreibung selbst in die Hand nehmen. Die positiven Beispiele der Städte Ebersbach an der Fils im Kreis Göppingen des Jahres 2003 und Esslingen am Neckar des Jahres 2005, die jeweils einen Teil ihres Strombezugs (30 bzw. 10 Prozent) als Ökostrom ausgeschrieben haben, belegen das. Mit einer eigenen Ausschreibung lassen sich die Qualitätsstandards des Ökostroms in unserem Sinne festschreiben. Die Erfahrung zeigt, dass bei diesen Ausschreibungen - anders als bei den Bündelstrom-Ausschreibungen – auch „richtige“ Ökostromanbieter wie Schönau, Greenpeace oder Naturstrom teilnahmen und die Konditionen günstiger waren als beim Ökostromlos des Gemeindetags.

Die bereits zweite Ökostromausschreibung der Städte Ebersbach und Esslingen erfolgte in erfolgreicher kommunaler Zusammenarbeit, zu der auch andere Kommunen in Zukunft herzlich eingeladen sind. Soll der andere Teil des Strombezugs aus Kostengründen herkömmlich ausgeschrieben werden – Ökostrom ist für die Kommunen immer noch ca. 2-3 Prozent teurer – kann dieser weiterhin über die Bündelstromausschreibung des Gemeindetags ausgeschrieben werden. Dies ist sogar empfehlenswert, um als Kommune den Preisüberblick zu behalten.

Zur jetzigen Aktualität: in den gekündigten Kommunen laufen derzeit die Entscheidungsprozesse einer wiederholten Teilnahme an der Bündelstromausschreibung des Gemeindetags für den Strombezug 2007/2008. Mit einer Teilnahmezusage im Gemeinderat oder Kreistag verbaut man sich noch nicht die Möglichkeit einer eigenen Ökostromausschreibung. Erst in den nächsten ein bis zwei Monaten (bis etwa Mai) müssen die Kommunen die Verbrauchsobjekte dem Gemeindetag endgültig melden, die an der Bündelstrom-Ausschreibung teilnehmen sollen.

Wenn Ihr in Richtung einer eigenen Ökostrom-Ausschreibung in eurer Kommune denkt, dann solltet Ihr diesen Prozess allerdings mit der Entscheidung zur Teilnahme an der Ausschreibung des Gemeindetags bereits anstoßen und forcieren.

**Kontakt:** Weitere Informationen und auch Musteranträge zu der komplexen Thematik gibt es bei Jürgen Menzel, dreimenzel@yahoo.de (Tel.: 0711/370 38 76)

Jürgen Menzel ist Mitglied in der LAG Ökologie und Energie- und Umweltmanager der Stadt Ebersbach a.F.

Zusatzinformationen:

Den Stromwechsel in Kommunen zu initiieren ist einer von drei Schwerpunkten der Ökostromkampagne des Kreisverbands Esslingen. Mit der Kampagne konnten im Schwerpunkt Haushalts- und Gewerbekunden bereits über 300 Neukunden gewonnen werden. Zusammen mit dem erfolgreichen Wirken in Ebersbach und Esslingen werden inzwischen jährlich knapp 2,5 Mio. Kilowattstunden aufgrund der Ökostromkampagne aus Wind, Wasser, Strom und BHKW´s anstatt aus Atomkraftwerken ge-

liefert und mehr als 400.000 € jährlich über die Stromrechnungen in die erneuerbare Energiewirtschaft umgeleitet.

Weitere 450.000 € flossen auf Grund der Ökostromkampagne in die Errichtung von Photovoltaikanlagen im Kreis Esslingen. Einige kleinere PV-Anlagen und ein BHKW entstanden aufgrund einer Dauerförderung. Ein weiterer Schwerpunkt der Ökostromkampagne ist die Kommunikation zu Energieeffizienzthemen sowie eine ständige Öffentlichkeitsarbeit zur Energiethematik.“

## **2. Terminankündigung Kreistagetreffen**

**Am Samstag, den 24. Juni 2006 lädt die GAR von 10:15 bis 16:00 Uhr** zum Treffen der Grünen Kreistagsfraktionen ein. Wir planen neben dem gegenseitigen Informationsaustausch über Aktuelles in den jeweiligen Landkreisen Impulsreferate zu Schwerpunktthemen der Kreispolitik.

Bitte merkt Euch diesen Termin vor. Eine ausführliche Einladung bekommt Ihr Anfang Juni.

## **3. Gesplittete Abwassergebühr in Stuttgart.**

Dieser Tage werden in Stuttgart die ersten Flächenerfassungsbogen an die GrundstückseigentümerInnen versandt. Der Vorlauf für die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zum 1.1.2007 hat also begonnen. Es ist bemerkenswert, dass der Beschluss in Stuttgart einstimmig gefasst wurde und Verwaltung und Fraktionen alle an einem Strang ziehen. Eine Infobroschüre wirbt für das neue Abwassergebührensyste und preist es als „Weg zu gerechteren Gebühren“. In Stuttgart wird die versiegelte Fläche in Abhängigkeit von der bebauten Fläche geschätzt und als Grundlage für die Gebührenberechnung verwendet. Damit die EigentümerInnen diesen Wert überprüfen können erhalten sie einen detaillierten Erfassungsbogen. Dort können auch begrünte Dächer, Zisternen, Versickerungsflächen und Flächen mit Abfluss reduzierendem Aufbau (Rasenverbundsteine) eingetragen werden. Sie verringern die berechnete Fläche für Regenwasser, was erwünschte ökologische Anreize setzt.

Vielleicht unterstützt das die Argumentation in vielen Gemeinderatsgremien, wenn die Landeshauptstadt beispielgebend ist.

Die Stuttgarter Satzung, die Flächenerfassungsbogen und die Merkblätter können im GAR-Büro als Dateien oder in Papierform bestellt werden. Die Infobroschüre hat 2 MB und wird auf Wunsch in Papierform zugesandt. Alle genannten Materialien stehen auch im Internet auf der GAR-Seite zum Herunterladen zur Verfügung.

## **4. Grünes Schulinfo der Landtagsfraktion vom März 2006**

Renate Rastätter hat die aktuellen schulpolitischen Themen aus grüner Sicht knapp zusammengefasst und die GAR bietet dieses Schulinfo auf Nachfrage ihren Mitgliedern an. Es steht auch im Internet auf der GAR-Seite unter der Rubrik Bildung.

Die Themen, sie in diesem Kurzifo dargestellt werden sind:

- Korrektur des achtjährigen Gymnasiums
- Lernbedingungen in der Grundschule – Klassenteiler in der Eingangsstufe

- Flächendeckende Ganztagschulen
- Gesetzentwurf Basisschule
- Weitere neue bildungspolitische Initiativen der Grünen Landtagsfraktion, darunter: Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund

## 5. Macht Dresden Schule – Verkauf städtischer Wohnungen im großen Stil?

Angesichts der aktuellen Debatte um kommunale Wohnungsverkäufe hat Kerstin Andreae sich als kommunalpolitische Sprecherin in einem Argumentationspapier positioniert. Ihren Diskussionsbeitrag findet Ihr auf der GAR-Internetseite oder könnt ihr ihn im GAR-Büro bestellen.

## 6. Kindergärten mit überörtlichem Einzugsgebiet

Nachdem der Gesetzentwurf der Grünen Landtagsfraktion abgelehnt wurde, der die Finanzierung Gemeinde übergreifender Kinderbetreuungseinrichtungen per Gesetz regeln wollte, bleibt das Problem bestehen. Wenn sich Bürgermeister weigern, für die auspendelnden Kinder einen Beitrag zu leisten, bleibt sie Gemeinde, in der die Einrichtung ihren Sitz hat, auf dem Abmangel sitzen, obwohl sie ein Angebot für Kinder auch jenseits der Gemeindegrenzen vorhält (z.B. Waldorfkindergarten). Aus Rastatt kommt nun der Vorschlag, dass diese Einrichtungen vom Landkreis finanziert werden, also im Wesentlichen über die Kreisumlage. Damit wären alle im Boot und die Einzelstreitereien wären beigelegt. Aus Rastatt kommt nun die Bitte an die GAR, unter ihren Mitgliedern zu fragen, wie sie diese Idee bewerten. Bitte schreibt Eure Einschätzung an die GAR.

## 7. Kongress zur Zukunft der Stadtwerke vom 8. bis 9. Juni 2006

Aus dem Ausschreibungstext:

“Die weltweite fossile Ressourcenverknappung, die Technologieentwicklung und die ökologische Verantwortung werden zu einem Wechsel zu Erneuerbaren Energien führen. Dies stellt eine einzigartige Möglichkeit der Rekommunalisierung der Energieversorgung dar, die einen umfassenden Bedeutungszuwachs der Stadtwerke nach sich ziehen wird. Welche rechtlichen und wirtschaftlichen Chancen hierfür gegeben sind, ist Thema der EUROSOLAR-Konferenz "Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien", die in Kooperation mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall vom **8. bis 9. Juni 2006 in Schwäbisch Hall** durchgeführt wird. Die Umsetzung von Erneuerbare-Energien-Projekten von Stadtwerken und Kommunen stellt einen weiteren Themenschwerpunkt der Konferenz dar. Anhand von Praxisbeispielen werden die heutigen Handlungsmöglichkeiten von Stadtwerken und Kommunen aufgezeigt. Das Programm der Konferenz, zu der wir Sie herzlich einladen, können Sie hier einsehen: [http://www.eurosolar.org/new/de/Stadtwerke2006\\_Programm.html](http://www.eurosolar.org/new/de/Stadtwerke2006_Programm.html)

Mit freundlichen Grüßen

Irm Pontenagel, Geschäftsführerin EUROSOLAR e.V.

Kaiser-Friedrich-Straße 11; D-53113 Bonn; Tel. 0228 / 362373; [info@eurosolar.org](mailto:info@eurosolar.org);

<http://www.eurosolar.org>

## 8. Für attraktive S-Bahn-Stationen, ein Projekt in der Region Stuttgart

In Kooperation mit der Neuen Arbeit startete die Region Stuttgart im vergangenen Herbst ein Projekt, bei dem Langzeitarbeitslose aus Zuverdienstbasis (Ein-Euro-Jobs) sich um die Verbesserung des Gesamterscheinungsbilds der S-Bahn-Stationen kümmern: Sie melden Mängel und Zerstörungen und beseitigen Farbschmierereien und grobe Verschmutzungen.

Mitte März hat der Verband Region Stuttgart zusammen mit der neuen Arbeit, der DB und den Beschäftigten eine Zwischenbilanz gezogen:

Von anfänglich 5 Personen ist die Gruppe inzwischen auf 25 Personen angewachsen. Sowohl die Beschäftigten und die Neue Arbeit, als auch die Region und die Deutsche Bahn AG bewerten den Versuch als erfolgreich. Die Fahrgäste fühlen sich wohler und sicherer an gepflegten Bahnhöfen.

Den Impuls für das Projekt gaben die ehrenamtlichen Bahnhofspatenschaften. Es werden also nicht reguläre Arbeitsplätze ersetzt, sondern ehrenamtliches Engagement ergänzt. Der Tätigkeitsbereich könnte gemeinsam mit Kommunen auch auf das kommunale Bahnhofsumfeld, also zum Beispiel Fahrradabstellplätze in Bahnhofsnähe ausgeweitet werden.

Der Pressebericht über das Projekt kann im GAR-Büro bestellt oder im Internet eingesehen werden [http://www.region-stuttgart.org/vrs/main.jsp?navid=119&pi\\_action=view&pi\\_docid=1845](http://www.region-stuttgart.org/vrs/main.jsp?navid=119&pi_action=view&pi_docid=1845).

Nähere Auskünfte gibt auch Suzan Ünver, Mitarbeiterin beim Verband Region Stuttgart: [uenver@region-stuttgart.org](mailto:uenver@region-stuttgart.org), Tel 0711 2275961.

## 9. Finanzierung der Kommunalwahl

Der Rücklauf auf meine Umfrage zur Finanzierung des Wahlkampfes war nicht umfangreich – es ist ja auch noch eine Weile hin. Dennoch, früh spart, wer im Wahlkampf Geld auf der hohen Kante haben möchte.

Der Wahlkampf wird, wie vorgeschrieben, immer von den jeweiligen KVs, OV's und Listenvereinen bezahlt – bei 8 von 9 Antworten stammt das Geld aus Spenden von Fraktionsmitgliedern, die während der Wahlperiode angespart wurden.